



Antwort zur Anfrage Nr. 0451/2024 der AfD-Stadtratsfraktion betreffend  
**Linksextremismus in Mainz (AfD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**1. Wie viele Straftaten im Bereich Politisch motivierte Kriminalität -links- gab es in Mainz in den Jahren 2022 und 2023? Bitte aufschlüsseln nach Delikten.**

Die Stadtverwaltung führt keine entsprechende Statistik. Gegebenenfalls kann seitens der zuständigen Behörden - insbesondere des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz - eine Auskunft erteilt werden. Der Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2022 ist unter

[https://mdi.rlp.de/fileadmin/03/Themen/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht\\_Rheinland-Pfalz\\_2022\\_barrierefrei.pdf](https://mdi.rlp.de/fileadmin/03/Themen/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_Rheinland-Pfalz_2022_barrierefrei.pdf)

abrufbar; die Behörde ist unter Info.Verfassungsschutz@mdi.rlp.de oder Telefon: 06131 16-3773 erreichbar.

**2. Wie viele Angriffe auf akademische Vereine fanden in den Jahren 2022 und 2023 statt?**

Die Stadtverwaltung führt keine entsprechende Statistik.

**3. Welche Kosten sind der Stadt durch linksextreme Schmierereien an öffentlichen Einrichtungen in den Jahren 2022 und 2023 entstanden?**

Seitens der Gebäudewirtschaft wurden 2023 insgesamt 78 Graffiti für 156.853,10 € entfernt.

Seitens des Grün- und Umweltamtes wurden 2023 insgesamt 42 Graffiti entfernt.

Seitens der Abteilung Straßenbetrieb wurden 2023 insgesamt 6 Graffiti für 21.121,- € entfernt.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 85 Fälle mit einem Kostenvolumen von rd. 66.000,- € bearbeitet.

Weitergehende, differenziertere Daten werden durch die Verwaltung nicht erhoben.

**4. Welche Maßnahmen hat die Stadt Mainz zur Bekämpfung des Linksextremismus getroffen?**

Die Stadt "bekämpft" nichts. Vielmehr können die Gemeinden in ihrem Gebiet jede öffentliche Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft übernehmen, soweit diese nicht durch Gesetz ausdrücklich anderen Stellen im dringenden öffentlichen Interesse ausschließlich zugewiesen wird (freie Selbstverwaltungsaufgaben). Sie erfüllen als Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung die ihnen als solche durch Gesetz übertragenen Aufgaben.

Inwieweit Präventionsmaßnahmen gegen extremistische Bestrebungen jedweder Art hierunter fallen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Es gibt aktuell keine Programme, die sich speziell mit einer Extremismusrichtung beschäftigen.

**5. Wie hoch schätzt die Polizei das linksextreme Personenpotential in Mainz ein? Wie viele schätzt die Polizei davon als gewaltbereit ein?**

Die Frage richtet sich an die Polizei, die Stadtverwaltung kann keine Auskunft hierüber geben.

**6. Wie haben Oberbürgermeister Haase und der Stadtvorstand zum Anschlag auf das Haus der "Burschenschaft Germania Halle zu Mainz" am 17. Februar 2024 Stellung genommen?**

Alle Mitglieder des Stadtvorstandes stehen fest zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und verurteilen ausdrücklich Gewalt und Straftaten jedweder Art.

Mainz, 29. Februar 2024

gez.

Nino Haase  
Oberbürgermeister